

Abgeordnete wollen verzichten

Landtag: Diäten sollen nicht erhöht werden

Von Marco Seng

Hannover. Die Landtagsfraktionen wollen wegen der Corona-Pandemie in diesem Jahr auf eine Diätenerhöhung verzichten. Darüber sind sich die Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, Grünen und FDP einig. Teilweise müssen die Fraktionen aber noch zustimmen. Die AfD wurde offenbar nicht an den Beratungen beteiligt.

„Große Herausforderung“

„Das Coronavirus stellt unsere Gesellschaft und unser Land vor eine der größten Herausforderungen der Nachkriegsgeschichte“, sagte SPD-Fraktionschefin Johanne Modder. Dabei habe die derzeitige Entwicklung der Pandemie nicht nur schlimme gesundheitliche Folgen, sondern zeige auch drastische soziale und wirtschaftliche Konsequenzen. „Der Vorschlag der Diätenkommission, in diesem Jahr auf eine Erhöhung der Diäten zu verzichten, ist unserer Auffassung nach folgerichtig“, sagte Modder.

Ähnlich äußerten sich FDP-Fraktionschef Stefan Birkner und Grünen-Fraktionschefin Julia Willie Hamburg. CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer sagte, dass er nicht von einer Diätenerhöhung in diesem Sommer ausgehe. „Aber das muss die Fraktion entscheiden.“ Die Abgeordneten treffen sich heute zu einer Sondersitzung.

Mehr als 7000 Euro

Die Fraktionen wollten mit dem Schritt offensichtlich der Veröffentlichung des Vorschlags für die jährliche Diätenerhöhung am 1. Juli zuvorkommen, die sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung orientiert. Aus einem Schreiben von Landtagspräsidentin Gabriele Andretta (SPD), das der HAZ vorliegt, geht hervor, dass die Diäten in diesem Jahr um 2,8 Prozent auf 7376,43 Euro monatlich angehoben werden sollten. Die Aufwandsentschädigung, mit der unter anderem Bürokosten gezahlt werden, sollte um 1,3 Prozent auf 1475,89 Euro steigen.

Im vergangenen Jahr hatten sich die 137 Abgeordneten des Parlaments zum ersten Mal mehr als 7000 Euro an sogenannter Grundentschädigung pro Monat genehmigt. Die AfD hatte die Erhöhung kritisiert und angekündigt, den Differenzbetrag zu spenden.

Weniger Fahrräder gestohlen

Hannover. Die Zahl der Fahrraddiebstähle ist in Niedersachsen erneut leicht zurückgegangen. Nach Polizeiangaben vom Mittwoch wurden im vergangenen Jahr 31.565 Räder gestohlen – 1,6 Prozent weniger als 2018. Es war der fünfte Rückgang in Folge. Allerdings wurde damit statistisch gesehen immer noch fast alle 17 Minuten ein Fahrrad gestohlen. Die meisten Räder pro 100.000 Einwohner wurden den Angaben zufolge in Lüneburg (1603 Diebstähle) entwendet. Danach folgten Nienburg (1550), Göttingen (1444), Osnabrück (1203) und Leer (992).

GEWINNZAHLEN

Lotto
Lotto am Mittwoch: 11, 22, 24, 27, 30, 46
Superzahl: 0 Spiel 77: 4 4 3 8 4 0 7
Super 6: 6 7 9 0 1 6

Keno
Gewinnzahlen: 5, 7, 10, 11, 15, 19, 20, 23, 24, 34, 38, 39, 43, 50, 52, 53, 58, 60, 62, 63
Plus 5: 5, 6, 9, 6, 8 OHNE GEWÄHR

Stilles Gedenken an Bergen-Belsen

Befreiung des Konzentrationslagers jährt sich zum 75. Mal / Feierlichkeiten fallen wegen Corona aus

Von Michael Evers

Bergen-Belsen. Der Kontrast könnte kaum größer sein: Idyllische Wald-, Grün- und Heideflächen prägen heute das Bild in Bergen-Belsen, wo britische Soldaten vor 75 Jahren auf die Apokalypse auf Erden trafen. Bei der Befreiung des vollkommen überfüllten Konzentrationslagers am 15. April 1945 stapeln sich rund 10.000 Tote aufeinander, und Krankheiten rafften die Häftlinge dahin, die Schreckensbilder gehen um die Welt. Bis zur Wiedervereinigung bleibt Bergen-Belsen zentrale Gedenkstätte der Judenvernichtung. Die große Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Befreiung wird in diesem Jahr wegen der Coronavirus-Epidemie auf 2021 verschoben.

„Nur wer damals hier in Belsen war, kann wirklich wissen, wovon wir Überlebenden reden. Nichts als Leichen, Leichen, Leichen“, schreibt die Überlebende Anita Lasker-Wallfisch in ihrem Redemanuskript zur aufgeschobenen Gedenkfeier. „Ich werde oft gefragt, ob es in Belsen besser war als in Auschwitz – Belsen war ganz einfach anders, Belsen war einzigartig, es war kein Vernichtungslager, hier gab es keine Gaskammern, in Belsen ist man ganz einfach krepirt“, sagt die 94-Jährige, die einige Monate vor Kriegsende von Auschwitz nach Bergen-Belsen kam.

70 000 kamen ums Leben

200.000 Menschen wurden in das Lager am Südrand der Lüneburger Heide deportiert. Mehr als 70.000 Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge kamen dort ums Leben, darunter die 15-jährige Anne Frank, die durch ihre Tagebücher posthum weltbekannt wurde.



Nur wer damals hier in Belsen war, kann wirklich wissen, wovon wir Überlebenden reden. Nichts als Leichen, Leichen, Leichen.

Anita Lasker-Wallfisch, Überlebende

„Wer waren diese Menschen, oder besser gesagt diese Gestalten, die unsere Befreier hier vorgefun-



„Bergen-Belsen ist der historische Ort, der in Niedersachsen am stärksten mit dem größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte verbunden ist – der Shoah“. Ein Mann geht am gestrigen Jahrestag einsam durch die Gedenkstätte.

FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

den haben?“, fragt Lasker-Wallfisch – und liefert die Antwort selbst: „Das waren einmal ganz normale Menschen, Menschen aus Polen, Menschen aus Holland, Frankreich, aus ganz Europa, alle Nationalitäten, Sinti und natürlich Juden, Menschen jüdischer Abstammung.“

1952 entstand die Gedenkstätte

Die erschütternden Bilder der Leichenberge sind noch frisch im Gedächtnis, als 1952 in Bergen-Belsen die erste Gedenkstätte an einem Konzentrationslager geschaffen wird. „Wer hier als Deutscher spricht, muss sich die innere Freiheit zutrauen, die volle Grausamkeit der Verbrechen, die hier von Deutschen begangen wurden, zu erkennen“, sagt Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) bei der Eröffnung. „Wir haben von den Dingen gewusst (...). Diese Scham nimmt uns niemand ab.“ Heuss will ein politisches Zeichen setzen, erntet für seine Worte aber auch Protest. Bis zu einer Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit werden noch Jahrzehnte vergehen.

Das ehemalige KZ-Gelände wird unterdessen lange vernachlässigt. Um eine Verbreitung von Seuchen zu verhindern, hatten die Briten das Lager abgebrannt. Räume und Führungen gibt es zunächst nicht, erst 1966 werden ein Dokumentenhaus und eine Ausstellung eingerichtet. Ab Ende der Achtzigerjahre kommen Erweiterungsbauten hinzu, Kontakte zu Überlebenden werden intensiviert. 2007 schließlich wird

ein Dokumentationszentrum samt Dauerausstellung geschaffen.

„Bergen-Belsen ist der historische Ort, der in Niedersachsen am stärksten mit dem größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte verbunden ist: der Shoah“, sagt Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). „Sie macht – auch 75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers – fassungslos.“ Wichtig seien das Erinnern und die Auseinandersetzung mit dem Nazi-Verbrechen, einen Schlussstrich dürfe es nicht geben.

„Doch die Schrecken der Vergangenheit sind beileibe nicht vollständig überwunden“, mahnt Weil. Antisemitismus sei leider keine Fra-

ge der Zeitgeschichte, sondern tagesaktuell. „Wir müssen mit aller Kraft gegen rechtsextremistische Strömungen angehen, achtsam bleiben und Haltung zeigen.“

Überlebende mahnt

Dieselbe Mahnung äußert die hochbetagte Holocaust-Überlebende. „Die allgemeine Richtung geht beängstigend nach rechts“, sagt Lasker-Wallfisch. Antisemitismus mache wieder Schlagzeilen. „Trotz der beeindruckendsten Gedenkfeiern läuft es parallel mit Überfällen an Menschen jüdischer Abstammung, als ob das eine nichts mit dem anderen zu tun hat.“ Und sie fragt sich:

„Was in Gottes Namen braucht es, Menschen zur Vernunft zu bringen?“

Nicht vergessen hat Lasker-Wallfisch aber auch die zweite Phase von Bergen-Belsen, als in der Nähe der niedergebrannten Baracken nach der Befreiung ein Displaced Persons Camp entstand, wo Tausende Juden sich auf ein neues Leben vorbereiteten. „Schulen wurden improvisiert, für junge Menschen, die nie Gelegenheit hatten für so etwas Selbstverständliches in einem normalen Leben.“ Aber auch der Weg zu einem Alltag ohne Todesangst, einer Wiedergeburt sei schwer gewesen. „Die allgemeine Stimmung war nicht gerade die beste.“

Das geschah nach der Befreiung des Lagers

Nach der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen am 15. April 1945 brachten die Briten die Überlebenden in eine nahe gelegene Wehrmachtskaserne und versorgten sie medizinisch. Die aus ganz Europa nach Deutschland verschleppten KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen erhielten von den Alliierten den Rechtsstatus Displaced Persons (DP). Sie hatten dadurch einen Anspruch auf besondere Fürsorge.

lebten bis 1950 bis zu 12.000 Menschen. Es nahm neben ehemaligen Häftlingen des Lagers auch Tausende Überlebende der Verfolgung in Ländern Mittel- und Osteuropas auf. Für die meisten von ihnen war ein Weiterleben in Europa unvorstellbar. Nachdem 1948 der Staat Israel gegründet worden war und auch Kanada und die USA ihre Aufnahmekontingente erweitert hatten, stieg ihre Chance auf Auswanderung.

britischen Zone“ stand das DP-Camp unter einer demokratisch gewählten Selbstverwaltung. Das Komitee richtete eine Polizei, ein Gericht, Schulen sowie kulturelle und soziale Institutionen ein. Viele der meist jungen und alleinstehenden Bewohner gründeten Familien. Allein in den ersten zwei Jahren nach der Befreiung heirateten in Bergen-Belsen mehr als tausend jüdische Paare. Weit über tausend jüdische Kinder wurden geboren.

DP-Camp lebten zeitweilig mehr als 10.000 Menschen. Sie waren vor der Befreiung als Zwangsarbeiter eingesetzt worden oder waren ehemalige Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Auch ihr Alltag wurde in weitgehender Selbstverwaltung organisiert. Kindergärten, Schulen und Kurse zur beruflichen Weiterbildung wurden eingerichtet. Es gab Chöre und Musikkapellen, Kunstausstellungen, Fußballmannschaften und Leichtathletikwettkämpfe. Das Camp bestand bis September 1946. epd

Im jüdischen DP-Camp

Mit dem „Zentralkomitee“ der befreiten Juden in der

Im polnisch-katholischen

„Die Gefangenen skypen mit den Angehörigen“

Im Interview spricht Justizministerin Barbara Havliza darüber, wie Corona den Alltag in Haft verändert – und teilweise verbessert

Frau Ministerin Havliza, die Türkei hat gerade wegen der Corona-Gefahr ihre Gefängnisse geöffnet und alle – bis auf Mörder und Journalisten – entlassen. Wie steht es in Niedersachsen? Anders. Die Gefängnisse sind bislang ganz gut durch die vergangenen Wochen gekommen. Wir hatten zu Beginn der Corona-Krise einen Bediensteten, der sich im Urlaub infiziert hatte, fünf weitere, davon unabhängige Fälle sind dazugekommen. Einige Bedienstete mussten in Quarantäne, das ist aber überwiegend schon vorbei. Man muss von Woche zu Woche denken, aber zum Glück haben wir in niedersächsischen Gefängnissen bislang wenige Probleme. Und die Gefangenen machen bei den Hygiene- und Sicherheitsvorschriften vorbildlich mit.

Sind Gefängnisse derzeit, was das Virus betrifft, ein besonders sicherer Ort? Ja, das kann man schon so sagen. Es gibt in Niedersachsen bislang noch

keinen infizierten Gefangenen. Die Gefahr kommt also von außen. Aus diesem Grund dürfen derzeit zum Beispiel Besucher nicht empfangen werden. In den Haftzellen gibt es aber Telefone, das nimmt viel Druck aus der Situation. Und wir haben Skype-Räume eingerichtet, wo die Gefangenen mit ihren Angehörigen per Videotelefonie kommunizieren können. Die aktuelle Lage weist uns in die Zukunft: Anhörungen, die vor einer Haftentlassung nötig sind, möchten wir in Zukunft vereinfacht über Skype durchführen. Das habe ich schon vor Corona angesprochen, auch um unnötige Transporte zwischen Anstalt und Gericht zu vermeiden.

Was haben Sie an speziellen Sicherheitsmaßnahmen angeordnet, um das Virus aus den Gefängnissen herauszuhalten? Wenn Anwälte kommen, um mit ihren Klienten zu sprechen, dann finden diese Gespräche nur hinter einer Trennscheibe statt. Das Sportangebot mussten wir reduzieren. Fußball geht nicht mehr, Bankdrücken schon. Ferner haben wir bei kleineren Straftaten bis zu einem Jahr Haft angeordnet, dass die Strafe erst einmal nicht angetreten wird – mit Ausnahme von schweren Gewaltdelikten und Sexualstraftaten. Auch dies trägt zur Entlastung in den Gefängnissen bei.

Wie viele Menschen

Justizministerin Barbara Havliza (CDU).

FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

müssen deswegen derzeit ihre Haft nicht antreten?

Die Zahl der Gefangenen ist seit dem 23. März und dem 14. April von 4252 auf 4047 zurückgegangen, also um 205 Personen gesunken. Wir vollstrecken derzeit auch keine Ersatzfreiheitsstrafen – also diejenigen, die auferlegte Bußgelder nicht zahlen können, müssen im Augenblick nicht ins Gefängnis. Das ist natürlich nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Ziel ist es, die Gefängnisse so leer wie möglich zu bekommen, weil wir in jedem Gefängnis für den Fall der Fälle auch eine Quarantäne eingerichtet haben und neu aufzunehmende Gefangene in den ersten 14 Tagen getrennt von den übrigen Gefangenen unterbringen. Aber im Augenblick sind Niedersachsens Gefängnisse sicher, weil das Virus gewissermaßen nur draußen grassiert.

Wie hält man im Gefängnis den nötigen Sicherheitsabstand ein?

Wir versuchen Doppelbelegungen tunlichst zu vermeiden, fast alle sind in ihrem eigenen Haftraum untergebracht. Auch alle Gemeinschaftsveranstaltungen sind auf ein Minimum reduziert. Die Seelsorge oder der Unterricht finden nur mit dem notwendigen Abstand statt, auch in den Werkstätten wird unter solchen Schutzmaßnahmen oder mit Mundschutz gearbeitet. Wir produzieren übrigens in der JVA Vechta und in der JVA Uelzen Mundschutzmasken im Auftrag externer Firmen.

Hat das Coronavirus denn nicht auch positive Wirkungen? Oft wird in den Gefängnissen über Drogen geklagt, die von außen eingeschmuggelt werden. Das müsste jetzt doch abgenommen haben?

So ist es tatsächlich. Soweit wir das beobachten können, ist die Drogeneinfuhr in die Gefängnisse deutlich zurückgegangen. Das ist spürbar und ein positiver Effekt dieser Krise. *Interview: Michael B. Berger*

